



Landratsamt Fürth
Amtsperiode 2020/2026

Niederschrift über die öffentliche 27. Sitzung des Kreistages (Haushaltssitzung)

Sitzungsdatum: Montag, 09.02.2026
Beginn: 14:30 Uhr
Ende: 16:41 Uhr
Ort: Landratsamt Fürth, Stresemannplatz 11, Sitzungsaal

ANWESENHEITSLISTE

Vorsitzende/r

Landrat Obst, Bernd

Mitglieder des Kreistages

Kreisrätin Augustin, Claudia
Kreisrat Eder, Leonhard, 1. Bürgermeister
Kreisrätin Egerer, Jutta
Kreisrat Emmert, Uwe, 1. Bürgermeister
Kreisrat Haag, Hans
Kreisrat Haas, Marco
Kreisrätin Hechtel, Bettina
Kreisrat Höfer, Bertram, 2. Bürgermeister
Kreisrat Kistner, Marco, 1. Bürgermeister
Kreisrätin Krach, Renate
Kreisrat Müller, Günther, 2. Bürgermeister
Kreisrat Ostendorf, Jens
Kreisrätin Rauch, Ursula
Kreisrat Redlingshöfer, Richard
Kreisrätin Seifert, Adelheid, weitere Stellvertreterin des Landrats
Kreisrätin Weghorn, Doreen
Kreisrat Zehmeister, Thomas, 1. Bürgermeister
Kreisrat Zimmermann, Bernd, 1. Bürgermeister
Kreisrätin Abram, Angelika
Kreisrat Bauer, Frank
Kreisrat Bischoff, Michael
Kreisrätin Franz, Irene
Kreisrat Gegner, Rainer, 1. Bürgermeister
Kreisrätin Plevka, Melanie
Kreisrätin Sommerschuh, Eva
Kreisrat Zempel, Hermann
Kreisrat Zwingel, Thomas, 1. Bürgermeister
Kreisrat Förster, Theodor
Kreisrat Pleyer, Claus-Georg
Kreisrat Sartison, Johannes
Kreisrat Biegel, Friedrich
Kreisrätin Eder, Elke

Kreisrat Fischhaber, Hans-Günther
Kreisrat Forman, Franz Xaver, Stellvertretender Landrat
Kreisrat Ruf, Fritz
Kreisrätin Barth, Heike
Kreisrätin Dürschinger, Elena
Kreisrat Höftmann, André
Kreisrätin Löschner, Isabell, Dr.
Kreisrätin Meyer, Evelyn
Kreisrat Röhn, Martin
Kreisrat Schäfer, Walter
Kreisrätin Thomas, Cornelia
Kreisrat Tiefel, Johann
Kreisrat Löbel, Christian
Kreisrätin Schöttner, Marie
Kreisrat John, Klaus

Schriftführer/in

Verwaltungsangestellte Greger, Yvonne

Verwaltung

Döhler, Jörg Verwaltungsamtmann
Egerer, Klaus Dipl. Ing. (FH) M.Eng. Architekt
Ell, Christian Verwaltungsfachwirt
Gagel, Christian Verwaltungsfachwirt
Goffin, Michele Büro des Landrats
Heine, Ann Büro des Landrats
Hofmeister, Franziska Oberregierungsrätin
Kohler, Martin Verwaltungsrat
Maurer, Marco Verwaltungsoberrat
Pfaffinger, Steffen IT-Einrichtung, IT-
Benutzerservice
Stoll, Marie Auszubildende
Thirmeyer, Stephan Regierungsdirektor

Presse

Beck, Roland Redakteur Landkreismagazin
Reitzner, Hans-Peter Fürther Nachrichten

Abwesende und entschuldigte Personen:

Mitglieder des Kreistages

Kreisrat Köninger, Peter
Kreisrat Reuther, Christoph
Kreisrätin Schlager, Anni
Kreisrätin Schuller, Sandra
Kreisrätin Hauber, Sandra
Kreisrat Treuheit, Bastian
Kreisrat Ammon, Erich
Kreisrat Tiefel, Werner
Kreisrätin Igel, Angelika
Kreisrätin Ritter, Margit
Kreisrat Schikora, Norbert, 2. Bürgermeister
Kreisrat Peter, Thomas
Kreisrat Habel, Jürgen, 1. Bürgermeister

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung

- Schweigeminute
- 1 Genehmigung der Niederschrift über die 26. öffentliche Sitzung des Kreistages am 15.12.2025 und Veröffentlichung der Niederschrift auf der Landkreishomepage
 - 2 Mitteilungen
 - 2.1 Sitzungstermine der Kreisgremien **002/2026**
 - 2.2 Aktueller Stand zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie **028/2026**
 - 2.3 Schulentwicklungsgutachten 2026 | erste Ergebnisse **045/2026**
 - 3 Landratsamt Fürth - Dienststelle Zirndorf, Umbau und Sanierung PP2 und PP7; Sitzungssaal und Bürgerservice **210/2025/1**
 - 4 Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten“; Bestätigung des Kreistages über die Beteiligung am Interessenbekundungsverfahren für die geplante Generalsanierung der Sporthalle am Gymnasium Stein sowie den Ersatzneubau am Gymnasium Oberasbach **035/2026**
 - 5 Haushaltsberatungen
 - 5.1 Beratung über den Landkreishaushalt 2026 **023/2026/1**
 - 5.2 Beschlussfassung für den Stellenplan 2026 **233/2025/1**
 - 5.3 Beschlussfassung über den Landkreishaushalt 2026 **024/2026/1**
 - 5.4 Beschlussfassung über den Finanzplan 2026 **039/2026**
 - 5.5 Erlass der Haushaltssatzung 2026 **040/2026**
 - 6 Anfragen

Landrat Bernd Obst eröffnet um 14:30 Uhr die 27. Sitzung des Kreistages (Haushaltssitzung). Er begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Kreistages fest. Gegen die Tagesordnung bestehen keine Einwendungen.

Öffentliche Sitzung

Schweigeminute

Der Kreistag gedenkt in einer Schweigeminute Werner Koch, Kreisrat a.D. (Mitglied des Kreistages von 2002 bis 2011) und Hans Meyer, Kreisrat a.D. (Mitglied des Kreistages von 1995 bis 2014).

TOP 1 **Genehmigung der Niederschrift über die 26. öffentliche Sitzung des Kreistages am 15.12.2025 und Veröffentlichung der Niederschrift auf der Landkreis-homepage**

Gegen die Niederschrift über die 26. öffentliche Sitzung des Kreistages am 15.12.2025 und die Veröffentlichung der Niederschrift auf der Landkreishomepage bestehen keine Einwendungen.

Einstimmig beschlossen Ja 46 Nein 0

TOP 2 **Mitteilungen** TOP 2.1 **Sitzungstermine der Kreisgremien**

14:37 Uhr Kreisrat Claus-Georg Pleyer kommt zur Sitzung

Zur Kenntnis genommen

TOP 2.2 **Aktueller Stand zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie**

Der **Vorsitzende** stellt die Mitteilung vor.

Kreisrat Christian Löbel (Die Linke/ÖDP) bittet um Konkretisierung der Anmerkung „derzeit keine Nachfrage erkennbar, fehlende Ressourcen“ in Punkt 2.1.3.5 (Durchführung von Modellbeschaffungen / Best-Practice). Er möchte wissen, ob damit mangelndes Interesse seitens der Kommunen oder interne Kapazitätsengpässe gemeint sind und welche konkreten Ressourcen fehlen.

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet.

Antwort der Verwaltung vom 18.03.2026

Die Anmerkung „derzeit keine Nachfrage erkennbar, fehlende Ressourcen“ bezieht sich nicht auf ein mangelndes Interesse der Kommunen, sondern auf interne Kapazitätsgrenzen innerhalb der Verwaltung. Hintergrund ist, dass aufgrund begrenzter personeller Ressourcen und der Priorisierung anderer Projekte einzelne Vorhaben zurückgestellt werden mussten bzw. nicht weiterverfolgt werden konnten. Davon war auch der Bereich der Modellbeschaffungen betroffen. Sobald entsprechende personelle Kapazitäten wieder zur Verfügung stehen, kann eine erneute Prüfung und ggf. Wiederaufnahme des Themas erfolgen.

Zur Kenntnis genommen

TOP 2.3 Schulentwicklungsgutachten 2026 | erste Ergebnisse

Der **Vorsitzende** stellt die Mitteilung vor.

Zur Kenntnis genommen

TOP 3 Landratsamt Fürth - Dienststelle Zirndorf, Umbau und Sanierung PP2 und PP7; Sitzungssaal und Bürgerservice

Der **Vorsitzende** fasst die Vorlage zusammen. Er verweist auf die Vorberatung des Bauausschusses, der sich deutlich für die Variante 2.1

- PP7 - Umbau Büroflächen
- PP2 - Sitzungssaal als Neubau
- PP2 - Erweiterung Büroflächen im EG (keine Erweiterung des Bürgerservice im EG) ausgesprochen hat.

Die Gesamtgroßkosten der Variante 2.1 belaufen sich derzeit auf insgesamt 46.185.000 €. Unter den dargestellten Rahmenbedingungen und bei vergleichbarer Gesamtkostengröße ist diese Variante die wirtschaftlichste und zukunftssträchtigste Umsetzungsoption im Vergleich zu den anderen Varianten.

Kreisrat Michael Bischoff (SPD) bedankt sich bei der Verwaltung für die sachlich fundierte Beschlussvorlage und schließt sich der Variante 2.1 an.

Kreisrat Thomas Zehmeister (CSU) bittet für die Öffentlichkeit klarzustellen, welcher Anteil der genannten 46.185.000 € konkret auf den Neubau des Sitzungssaals entfällt.

Klaus Egerer (Gebäudewirtschaft) verweist auf die Anlage zur Beschlussvorlage mit der Kostenübersicht für Variante 2.1 (PP2 Sitzungssaal, erweiterter Bürgerservice / Büroachse). Für diese Variante ergibt sich eine Summe von 4,94 Mio. €. Diese Summe umfasst nicht ausschließlich den Sitzungssaal, sondern auch die Erweiterung und den Anschluss des Bürgerservice an das Gebäude PP2.

Kreisrat Michael Bischoff (SPD) bittet um Übermittlung der reinen Kosten für den Sitzungssaal.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass die Zahl nachgereicht wird. Er weist darauf hin, dass der Landkreis keinen Sitzungssaal errichtet, sondern einen Multifunktionsraum plant. Dieser soll neben Sitzungen auch für Veranstaltungen und interne Schulungen für die 640 Beschäftigten nutzbar sein und extern vermietet werden können. Statt der Bezeichnung „Sitzungssaal“ sollte der Begriff „Multifunktionsraum“ verwendet werden.

Antwort der Verwaltung vom 24.03.2026

Die Verwaltung teilt mit, dass die voraussichtlichen Kosten für den geplanten Multifunktionsraum rund 2,2 Mio. Euro betragen werden.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt die Variante 2.1. – Neubau Sitzungssaal am PP2 ohne Bürgerserviceerweiterung – weiter zu verfolgen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die mit dem Erweiterungsbau bisher geplante östliche Zufahrtsstraße um den Erweiterungsbau auf den nördlichen Parkplatz lediglich als Pflegezu-

fahrt auszuführen (Die Minderkosten von ca. 240.000 € für den geminderten Freianlagenumfang auch im Bereich der nördlichen Parkplätze sind bereits berücksichtigt).

3. Die Verwaltung kann im Hinblick auf die Nachhaltigkeit und die aufgezeigten CO₂-Emission die Umbaumaßnahmen des PP7 weiter uneingeschränkt und unabhängig aller Varianten ausführen.

Einstimmig beschlossen Ja 47 Nein 0

TOP 4	Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten“; Bestätigung des Kreistages über die Beteiligung am Interessenbekundungsverfahren für die geplante Generalsanierung der Sporthalle am Gymnasium Stein sowie den Ersatzneubau am Gymnasium Oberasbach
--------------	--

Der **Vorsitzende** informiert über das Interessenbekundungsverfahren und die Antragsvoraussetzungen. Er erklärt, dass es über 3.600 Anträge von Kommunen gibt. Der angemeldete Bedarf liegt bei ca. 7,5 Mrd. €. Der Bund stellt für das Programm 333 Mio. € zur Verfügung. Das Programm ist somit 21-fach überzeichnet.

Beschluss:

1. Der Kreistag bestätigt die Zustimmung über die Teilnahme an der Interessenbekundung zum Projektauftrag „Bundesprogramm Sanierung kommunaler Sportstätten“ für die Sanierungsmaßnahme der Sporthalle am Gymnasium Stein.
2. Der Kreistag bestätigt die Zustimmung über die Teilnahme an der Interessenbekundung zum Projektauftrag „Bundesprogramm Sanierung kommunaler Sportstätten“ für den Ersatzneubau der Sporthalle am Gymnasium Oberasbach.

Einstimmig beschlossen Ja 47 Nein 0

TOP 5	Haushaltsberatungen
TOP 5.1	Beratung über den Landkreishaushalt 2026

Der **Vorsitzende** und **Kreiskämmerer Martin Kohler** präsentieren den Haushalt, der unter dem Motto „Ehrlich und sparsam“ steht. Es ist der dritte Haushalt für Landrat Obst, und die Rahmenbedingungen könnten kaum herausfordernder sein. Die kommunalen Finanzen entwickeln sich dramatisch, was nicht zuletzt an der sinkenden Steuerkraft der kreisangehörigen Gemeinden und einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld liegt. Auch im Landkreis haben Firmen inzwischen Produktionen verlagert oder geschlossen. Besonders der soziale Etat bereitet der Verwaltung Kopfzerbrechen. Das Defizit ist hier von 19,1 Mio. € im Jahr 2022 auf voraussichtlich 32,2 Mio. € im Jahr 2026 angestiegen. „Die Rechnung geht so nicht mehr auf“, warnte Landrat Obst. Zwar gab es höhere Schlüsselzuweisungen, doch diese wurden von Kostensteigerungen beim ÖPNV und im Jugendamt regelrecht aufgefressen. Hinzu kamen unvorhersehbare Belastungen wie der notwendige Abriss der Stahlbrücke über die Rednitz in Oberasbach und die Übernahme der Buslinien 63/64. Dennoch gelang es durch die Arbeit der Sparkommission, Vorschläge der Verwaltung und Stellenkürzungen, dass die Kreisumlage nur moderat angehoben werden muss. Sie steigt nun um 1,69 Prozentpunkte auf 51,14 Punkte. Damit liegt der Landkreis im mittelfränkischen Vergleich auf Platz sechs von sieben.

15:27 Uhr Kreisrat Hermann Zempel kommt zur Sitzung

Kreisrätin Renate Krach (Fraktionsvorsitzende CSU) bezeichnet das Werk trotz schwieriger Lage als akzeptabel, ehrlich und sparsam. Sie äußert Sorge über die rückläufigen Gewerbesteuererinnahmen und Probleme bei „Leuchtturmfirmen“, deren negative Folgen noch kommen werden. Sie fordert, neue Firmen in den Landkreis zu holen, um die Einnahmesituation zu stabilisieren. Das Defizit im Sozial- und Jugendbereich beträgt derzeit 32,7 Mio. €. Ursachen sind höhere Kosten einzelner Hilfen und Plätze bei zugleich steigenden Fallzahlen. Erste positive Effekte zeigt der Einsatz von Jugendsozialarbeitern an Schulen sowie Stütz-/Förderklassen an der Dillenbergschule. Im ÖPNV entstanden einmalige Mehrkosten durch den Brückenabriss in Oberasbach und dauerhafte Belastungen durch das Ende des eigenwirtschaftlichen Betriebs der Linien 63/64. Weitere Belastungen resultieren aus Mietkosten für Interimbauten im Schulbereich. Die moderate Erhöhung der Kreisumlage ist durch erhöhte Zuweisungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs, Einsparungen der Sparkommission sowie Zurückhaltung bei Personalbesetzungen möglich geworden. Dank Stelleneinsparungen stiegen die Personalaufwendungen nur um 1 Mio. €, statt der erwarteten 3,5 Mio. €. Die CSU stimmt dem Haushalt, Finanz- und Stellenplan zu, erkennt jedoch keinen „Silberstreif am Horizont“.

15:47 Uhr Kreisrat Thomas Zwingel verlässt die Sitzung

Kreisrat Michael Bischoff (SPD) betont, dass Kreistag und Verwaltung in den Haushaltsberatungen gemeinsam „dicke Bretter“ gebohrt haben, auch wenn große Einsparungen nicht immer erreicht wurden. Die SPD kann den Haushalt mittragen, wird die Umsetzung aber genau beobachten. Besondere Aufmerksamkeit gilt der neuen Stelle im Zivil- und Bevölkerungsschutz; das Innenministerium soll klare Vorgaben für echten Mehrwert und Anschlussfähigkeit liefern. Beim Klimaschutz dürfen Stellenreduzierungen nicht zu Lasten von Ressourcenschutz und Klimaanpassung gehen. Er spricht sich für ein koordiniertes Hitzemanagement über die Gesundheitsregion plus aus. Gefordert wird zudem eine transparente Mittelverwendung in der Wirtschaftsförderung und die Entwicklung effizienter ÖPNV-Lösungen (z.B. On-Demand). In der Abfallwirtschaft plädiert er für eine bessere Ressourcennutzung, insbesondere beim Altöl. Bei der Schulentwicklungsplanung fordert er eine bedarfsorientierte Vorgehensweise, um unnötige Neubauten zu vermeiden. Finanzpolitisch fordert die Fraktion eine gerechtere Verteilung von Pflegekosten zwischen Land, Bund und Kommunen und kritisiert, dass unbesetzte staatliche Stellen die Kreise finanziell belasten. Falls nötig, unterstützt die SPD rechtliche Schritte gegen den Freistaat, um die Finanzierung kommunaler Pflichtaufgaben einzufordern.

Kreisrätin Evelyn Meyer (B'90/Die Grünen) hätte sich für den Haushalt das Motto „Mutig und investiv“ gewünscht. Sie warnt, dass reines Sparen langfristig teurer werden könne, angesichts steigender Ausgaben durch Bund/Land sowie höherer Bau- und Personalkosten. Die 5,6 Mio. € aus dem Infrastruktur-Sondervermögen und die moderate Bezirksumlage entlasten, lösen aber keine strukturellen Probleme. Die Arbeit der Sparkommission sei wertvoll, die eingesparte Summe aber überschaubar. Gefordert wird eine grundsätzliche Debatte zur Kommunalfinanzierung und strukturelle Antworten vor Ort. Klimaschutz dürfe nicht als Kostenstelle verstanden werden, sondern sei eine Zukunftsinvestition. Begrüßt werden die interkommunale Energieallianz (Photovoltaik) und geplante Windenergie mit Bürgerbeteiligung. Ausbildung, Schulausstattung, Jugendsozialarbeit und das Jugendamt seien unverzichtbare Kernaufgaben. Der neue Pflegestützpunkt wird positiv hervorgehoben. Sie mahnt die wachsenden Aufgaben im Katastrophenschutz und die Dringlichkeit digitaler Souveränität an; überörtliche Lösungen seien nötig. Der Landkreis sei in der Pflicht, eigene Antworten zu entwickeln. Die Fraktion stimmt dem Haushalt zu, erwartet aber künftig eine Haltung für neue Wege in Mobilität, digitaler Sicherheit, Katastrophenschutz und Hallenbädern/Schulschwimmen, statt vorrangiger Einsparungen.

Kreisrat Fritz Ruf (Freie Wähler) gibt dem Haushalt den Untertitel „Noch mal gelungen“, äußert jedoch ernsthafte Sorgen hinsichtlich der künftigen Belastungen der Kommunen. Er stellt fest, dass die Kreisumlage ausgereizt sei und eine weitere Erhöhung nach seiner Einschätzung her nicht tragbar wäre. „Wenn die Schraube weitergedreht wird, reißt sie ab“, so seine Warnung. Er betont, dass sich die kommunale Familie von Staat und Bund allein gelassen fühlt. Förderpro-

gramme wie die Sportmilliarde seien überzeichnet und würden Landkreis und Kommunen kaum entlasten. Vor dem Hintergrund knapper finanzieller Spielräume muss daher geprüft werden, welche Projekte abgespeckt oder verschoben werden können. Abschließend äußert er die Hoffnung auf Besserung in den kommenden Jahren und kündigt an, dass die Fraktion der Freien Wähler dem Haushalt zustimmen wird.

Kreisrat Christian Löbel (Fraktionsvorsitzender Die Linke/ÖDP) bezeichnet den Haushalt als schmerzhaften Sparhaushalt. Er macht deutlich, dass die Ursachen überwiegend struktureller Natur seien und nicht primär in der lokalen Politik liegen. Er kritisiert die Unterfinanzierung durch Bund und Land als Angriff auf die kommunale Selbstverwaltung. Dies schade den Haushalten, der Gesellschaft und letztlich der Demokratie. Er fordert ein selbstbewusstes Auftreten der kommunalen Ebene, konsequente Interessenvertretung und ggf. die Prüfung rechtlicher Schritte. Der Sozialstaat dürfe nicht kaputtgespart werden. Nichtinvestitionen führten langfristig zu höheren Kosten. Als Beispiel nennt er Infrastrukturschäden (z.B. Brücken), zunehmende personelle Belastungen und Vertrauensverlust in die Verwaltung. Jede Kürzung müsse nach ihrem Nutzen und dem verursachten Schaden bewertet werden. Kritisch hebt er die Streichung der freiwilligen Übernahme von Schulwegkosten hervor. Die Fraktion stimmt dem Haushalt zu.

Kreisrat Johann Tiefel (FDP) würdigt, dass der Haushalt nicht ausufert, was der Arbeit der Sparkommission, einer Nullrunde bei Neueinstellungen, vorhandenen Ermächtigungen aus Vorjahren und einer geringen Erhöhung der Bezirksumlage zu verdanken sei. Er warnt, dass dies nur eine Verschnaufpause sei und die Ausgaben in den Folgejahren wieder steigen werden. Das Sozialdefizit von 32,7 Mio. € bleibe ein ungelöstes, langfristiges Problem. Beim Hochbau plädiert er für effektive, flexible Leichtbauweisen statt konventioneller Bauten. Er empfiehlt den einfachen Schulbau (Gebäudetyp E) und die Nutzung der Unterstützungsangebote des Staatsministeriums. Zudem schlägt er verstärkt Generalunternehmer-Festpreisvergaben vor, um Kostenrisiken zu begrenzen. Im ÖPNV weist er auf eine prognostizierte Deckungslücke von jährlich rund 4 Mio. € hin. Er verweist auf Erkenntnisse zu autonomen Beförderungssystemen mit Einsparpotenzialen von etwa 25 % und schlägt vor, Pilotstudien zum autonomem ÖPNV durchzuführen und dafür Unterstützung beim Freistaat zu suchen. Zudem plädiert er dafür, den Landkreis als Versuchsfeld für weitere Pilotprojekte (Verwaltungsreformen, Digitalisierung) zu öffnen. Die FDP stimmt dem Haushalt zu.

Kreisrat Claus-Georg Pleyer (Fraktionsvorsitzender AfD) betont, dass erneut eine Sparkommission und ein nachdrücklicher Sparwille erforderlich waren. Er verweist auf den Rückgang der Steuerkraft, insbesondere der Gewerbesteuererinnahmen 2024 um rund 9 Mio. €. Die Umlagekraft des Landkreises liegt mehr als 15 % unter dem mittelfränkischen Durchschnitt. Als Gründe für die angespannte Lage nennt er Insolvenzen und Standortverlagerungen (z.B. Playmobil), steigende Arbeitslosigkeit und sinkenden Lebensstandard. Er kritisiert die starke Zunahme der Sozialausgaben; das Defizit stieg in vier Jahren um über 50 %. Weiter bemängelt er das hohe Defizit im ÖPNV und die steigende Pro-Kopf-Verschuldung. Beanstandet wird die wiederholte Anhebung des Kreisumlage-Hebesatzes. Positiv hebt er die Reduzierung im Bereich Klimaschutz hervor, wie von seiner Fraktion gefordert. Er fordert mehr Transparenz gegenüber der Bevölkerung und die Prüfung rechtlicher Schritte gegen den Freistaat zur Durchsetzung der Kostenübernahme für staatliche Aufgaben. Strategisch spricht er sich für stärkere Förderung von Familien, Vereinen, privaten Initiativen, Wirtschaft und bürgerschaftlichem Engagement aus. Weitere Forderungen sind Arbeitspflicht für Asylbewerber, mehr Bürgerbeteiligung und parteiübergreifendes Handeln. Die AfD stimmt Haushalt und Stellenplan zu.

Kreisrat Marco Kistner (CSU) spricht als Vertreter des Bay. Gemeindetages. Er verweist auf den 9. Februar (u.a. Tag der Zahnschmerzen und Gedenktag der heiligen Apollonia) und nutzt dies als Metapher: „Die aktuellen Entscheidungen, mit denen das Gremium konfrontiert ist, bereiten den Kommunen „Schmerzen“. Die Erhöhung der Kreisumlage führe zu spürbaren Leistungskürzungen in den Gemeinden. Bloßes Beten oder Entspannungstechniken würden die Probleme nicht lösen; langfristige Lösungen seien notwendig. Als zentrale Ansätze nennt er die

Belebung der Wirtschaft und eine grundlegende Neuregelung der Finanzierung umfangreicher Sozialaufgaben. Er betont, dass die kommunale Ebene überproportional belastet ist und eine grundlegende Reform voraussichtlich noch dauern wird. Bis dahin fordert der Bay. Gemeindegtag, dass die in diesem Jahr erhöhten Zahlungen der übergeordneten Ebenen mindestens auf diesem Niveau und dauerhaft fortgeführt werden. Kreisrat Kistner dankt im Namen der Kolleginnen und Kollegen für die offene Zusammenarbeit. Er ermuntert, die begonnenen Priorisierungen weiterzuführen, um auf örtlicher Ebene handlungsfähig zu bleiben.

TOP 5.2 Beschlussfassung für den Stellenplan 2026

Zum Stellenplan werden keine weiteren Erläuterungen gewünscht; es liegen keine Nachfragen vor.

Beschluss:

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

1. Der Kreistag stimmt dem Stellenplan in der vorliegenden Form zu.
2. Zusätzlich wird die nachfolgend aufgeführte Stelle im Stellenplan 2026 neu ausgewiesen und mit den erforderlichen Mitteln in den Haushalt 2026 eingestellt:

- a) Produktkonto Nr.: 1280 0000
1,0 EG 10 TVöD Zivil- und Katastrophenschutz 58.926 €

Einstimmig beschlossen Ja 47 Nein 0

TOP 5.3 Beschlussfassung über den Landkreishaushalt 2026

Beschluss:

Der Kreistag beschließt den Haushaltsplan 2026 des Landkreises Fürth gemäß dem beiliegenden Ergebnishaushalt und dem Finanzhaushalt, die jeweils mit folgenden Zahlen abschließen:

1. im **Ergebnishaushalt** mit

dem Gesamtbetrag der Erträge von	195.641.400 €
dem Gesamtbetrag der Aufwendungen von	195.608.900 €
und einem Saldo (Jahresergebnis) von	+ 32.500 €

2. im **Finanzhaushalt**

a) aus **laufender Verwaltungstätigkeit** mit

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen von	169.232.900 €
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen von	166.352.800 €
und einem Saldo von	+ 2.880.100 €

b) aus Investitionstätigkeit mit	
dem Gesamtbetrag der Einzahlungen von	7.572.200 €
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen von	3.029.300 €
und einem Saldo von	+ 4.542.900 €
c) aus Finanzierungstätigkeit mit	
dem Gesamtbetrag der Einzahlungen von	0 €
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen von	472.000 €
und einem Saldo von	- 472.000 €
d) und dem Saldo des Finanzhaushalts von	+ 6.951.000 €

Der Beschluss erfolgt unter Zugrundelegung des Finanzbedarfs der kreisangehörigen Kommunen als Beurteilungsgrundlage und nach Abwägung der finanziellen Interessen der Gemeinden mit denen des Landkreises (erforderliche Abwägung aufgrund Kreisumlagenurteil des VG Bayreuth).

Einstimmig beschlossen Ja 47 Nein 0

TOP 5.4 Beschlussfassung über den Finanzplan 2026

Beschluss:

Der Kreistag beschließt den Finanzplan für die Jahre 2025 bis 2029 auf der Grundlage des beiliegenden Investitionsprogramms (Stand: 20.11.2025).

Einstimmig beschlossen Ja 47 Nein 0

TOP 5.5 Erlass der Haushaltssatzung 2026

Beschluss:

Aufgrund der Art. 57 ff der Landkreisordnung für den Freistaat Bayern erlässt der Landkreis Fürth folgende Haushaltssatzung:

(Anlage)

Einstimmig beschlossen Ja 47 Nein 0

TOP 6 Anfragen

Kreisrat Johann Tiefel (FDP) erkundigt sich nach dem Ausgang der Gerichtsverhandlung zu den Raumlüftern. **Franziska Hofmeister** (Finanzen, Kreiseinrichtungen, Mobilität und Verkehr) berichtet, dass die Güteverhandlung vor dem Landgericht ohne Einigung geblieben ist. Die Hauptverhandlung ist eingeleitet worden; das Gericht wird einen Sachverständigen beauftragen. Die betreffenden Geräte verbleiben bis auf Weiteres eingelagert. Mit einem Ergebnis ist voraussichtlich Ende nächsten Jahres zu rechnen.

Der **Vorsitzende** informiert über eine Anfrage eines privaten Instituts zu vorhandenen Raumlüftern. Diese wurde an die Gemeinden weitergeben.

Kreisrat Christian Löbel (Die Linke/ÖDP) erkundigt sich, welche Maßnahmen das Jugendamt zur Eintreibung ausstehender Unterhaltsvorschussforderungen gegenüber Schuldnern (Kindesvätern) ergreift und in welcher Höhe Forderungen vorliegen. **Stephan Thirmeyer** (Kommunales, Soziales, Gesundheitsförderung, Jugend und Familie) erläutert, dass die Unterhaltsvorschussstelle für die Beitreibung zuständig ist und regelmäßig mit den Finanzbehörden zusammenarbeitet. Ist der Unterhaltsschuldner auffindbar und verfügt über Einkommen, werden die Forderungen mit einem Pfändungs- und Überweisungsbeschluss eingetrieben. Die praktische Durchsetzung hängt von der Personalausstattung der Unterhaltsvorschussstelle ab. Die Beträge werden nachgereicht.

16:40 Kreisrat Thomas Zehmeister verlässt den Sitzungssaal

Landrat Bernd Obst schließt um 16:41 Uhr die 27. öffentliche Sitzung des Kreistages (Haushaltssitzung).

Zirndorf, den 09.04.2026

Bernd Obst
Landrat

Yvonne Greger
Schriftführer/in